

KLIMASCHUTZ

CSU für Öko-Autos

Per Gesetz will die CSU die Deutschen dazu zwingen, nur noch klimafreundliche Pkw zu fahren. „Ab dem Jahr 2020 dürfen nur noch Autos zugelassen werden, die über einen umweltfreundlichen



ROLF H. SEYBOLDT / SEYBOLDT-PRESS

Söder

Antrieb verfügen“, so die Forderung von CSU-Generalsekretär Markus Söder. Von diesem Zeitpunkt an müssen herkömmliche Verbrennungsmotoren durch Wasserstoff- und Hybridtechnik abgelöst werden. „Grüne Motoren schaffen neue Arbeitsplätze“, glaubt Söder. Die deutsche Autoindustrie lege beim Thema Umweltschutz aber nicht genügend Erfindergeist an den Tag, durch „ein klares Ultimatum“ müsse daher der „notwendige Innovationsdruck“ erzeugt werden. Der CSU-General arbeitet schon länger daran, den Christsozialen ein Öko-Image zu verpassen – nicht zuletzt, weil die Grünen in den wohlhabenden Regionen Bayerns zu ernstzunehmender Konkurrenz werden.

STASI

Geheimtreffen in der Villa

Ulrich Wehling, seit 1992 Sportdirektor für die Nordische Kombination beim Internationalen Skiverband (FIS) in der Schweiz, hat nach jetzt ausgewerteten Unterlagen dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) konspirativ Informationen übermittelt. Laut Martin Böttger, Leiter der Chemnitzer Außenstelle der BIRTHLER-Behörde, hat Wehling „willentlich und wissentlich mit der Stasi zusammengearbeitet und diese auch über Personen informiert“. Den Akten zufolge hat Wehling (Tarnname „Springer“) einem Geheimdienst-Offizier etwa über Teamkameraden und deren Westkontakte berichtet. Dafür trafen sie sich unter anderem in einem konspirativen Stasi-Objekt (Deckname „Villa“) im sächsischen Annaberg. Mit drei Goldmedaillen in der Nordischen Kombination ist Wehling, 54, einer



KURNAZ-AFFÄRE

Warnung aus Bremen

Bereits im Frühjahr 2002 hat der Bremer Verfassungsschutz die Bundesbehörden gewarnt, dass belastende Erkenntnisse gegen den damaligen Guantanamo-Häftling Murat Kurnaz vage und unbestätigt waren. Die in Bremen gewonnenen Informationen „resultieren aus einem Quellenzugang, der erst

aufgrund des aktuellen Ereignisses gewonnen wurde“, heißt es in einem vierseitigen vertraulichen Vermerk des Landesamts für Verfassungsschutz vom 20. Februar 2002. „Sie sind infolgedessen unbestätigt und noch nicht zu bewerten.“ Das Dokument ist von zentraler Bedeutung, weil es die Grundlage für die Entscheidungen der sogenannten Präsidentenrunde unter Vorsitz des damaligen Kanzleramtschefs und jetzigen Außenministers Frank-Walter Steinmeier in den Jahren 2002 und 2005 war, Kurnaz' Wiedereinreise nach Deutschland zu verhindern. Weil der vertrauliche Vermerk dem Untersuchungsausschuss wegen Sicherheitsbedenken des Bundesinnenministeriums bis Ende vergangener Woche noch immer nicht vorlag, hatten die Abgeordneten die Ausschusssitzung platzen lassen.



JOCHEN ZICK / KEYSTONE

Kurnaz

KRANKENKASSEN

Zweifelhafter Anreiz

In Baden-Württemberg müssen sich AOK-Versicherte darauf einstellen, dass sie ab April beim Arzt vermehrt Arzneimittel bestimmter Billighersteller verschrieben bekommen. Grund ist eine bislang einmalige Rabattoffensive der Krankenversicherung. Verschreiben Ärzte preiswerte Nachahmerprodukte („Generika“) von Firmen, mit denen die AOK Verträge geschlossen hat, klingelt künftig die Kasse: 30 Prozent der Ersparnisse will die AOK an die Ärzte überweisen, den Rest behält sie selbst. Patienten sparen nur die Zuzahlung. Geldprämien für die Verschreibung bestimmter Medikamente sind laut Berufsordnung der meisten Ärztekammern eigentlich verboten. Die AOK nutzt jedoch eine Ausnahme in der baden-württembergischen Landesordnung: Die verbietet nur, Vergünstigungen von „Herstellern oder Händlern“ anzunehmen. Christian Zimmermann, Präsident des Allgemeinen Patientenverbands: „Solche Kick-back-Geschäfte sind eine Verleitung zur Korruption. Das Geld sollte an die Patienten gehen.“



MARKUS KIRCHGESSNER / LAIF